

# Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Jetzt kann die FDP zeigen ob es ihr ernst ist mit einem stärkeren Eigenprofil. Der Paragraph 218 ist die Nagelprobe, meint **Edith Niehuls MdB**.

Seite 1

Ohne Gleichstellung von Mann und Frau in der Verfassung gibt es keine wirkliche Demokratie, stellt **Ulla Schmidt MdB** fest.

Seite 2

Einen Akt der politischen Rehabilitation der Rußlanddeutschen erwartet **Horst Siefaff MdB** von der Moskauer Regierung.

Seite 3

49. Jahrgang / 202

20. Oktober 1994

### Bei Paragraph 218 ist die FDP nun gefordert

Von **Edith Niehuls MdB**

**Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend**

Es hat sich für die FDP politisch nicht ausgezahlt, daß sie in den Verhandlungen zur Neuregelung des Paragraphen 218 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Positionen des früheren Gruppenantrags über das Notwendige hinaus verlassen hat.

Nun ist die FDP dringend gefordert, in den Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU für eine gute Lösung anstelle eines faulen Kompromisses einzutreten.

Für die SPD sind nach wie vor folgende Forderungen unverzichtbar:

- Das Selbstbestimmungsrecht der Frau im Schwangerschaftskonflikt, ihre Letztentscheidung und Eigenverantwortung darf durch gesetzliche Regelungen nicht unterlaufen werden, um der Frau willen, aber auch um den Schutz des werdenden Lebens willen.
- Es dient der Problemlösung nicht, wenn man das familiäre Umfeld der ungewollt Schwangeren mit Strafe bedroht. Die von der Union und FDP vorgeschlagenen Straftatbestände stören einen guten Konfliktlösungsprozeß.
- Es ist nicht hinnehmbar, daß eine bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung des Schwangerschaftsabbruchs einkommensschwache Frauen viel schlechter stellt, als es bisher in den Übergangsregelungen der meisten Länder der Fall ist.

Nachdem der Gruppenantrag im Bundestag mehrheitsfähig war, das Verfassungsgericht Ja zur Fristenregelung mit Beratung gesagt hat, darf jetzt nicht zugelassen werden, daß eine gesetzliche Regelung die Möglichkeiten nicht nutzt, die das Verfassungsgericht zuläßt.

Die FDP kann jetzt zeigen, wie ernst es ihr mit einem stärkeren eigenen Profil ist.

Die Frauen im Osten und im Westen der Bundesrepublik werden diese Bekundungen am Verhalten der FDP auch in der Frage des Paragraphen 218 messen können.

(-/20. Oktober 1994/hgs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressediens: GmbH  
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn  
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

\*\*\*\*\*

Kemmlinger Umwag  
mit recycelten Rohstoffen  
Recycling-Papier



## **Keine wirkliche Demokratie ohne Gleichstellung der Frau in der Verfassung**

**Von Ulla Schmidt MdB \***

**Vorsitzende der Querschnittsgruppe Gleichstellung von Frau und Mann der SPD-  
Bundestagsfraktion**

Wer für Menschenrechte und Demokratie eintritt, kann es nicht zulassen, daß die Rechte der Frauen vergessen werden. Wir Frauen in der Bundesrepublik Deutschland wissen aus Erfahrung, wie schnell Positionen und höchste Ämter unter den Männern aufgeteilt werden. Erst über unsere Frauen-Quote ist es den Sozialdemokratinnen gelungen, verstärkt in Partei-Gremien und in die Bundes- und Länderparlamente vorzudringen oder in Ministerien Positionen zu besetzen. Durch die jetzige Bundestagswahl liegt der Frauenanteil in der Sozialdemokratischen Fraktion bei derzeit 34,1 Prozent.

Die konservative CDU/CSU-Fraktion hat demgegenüber lediglich einen Frauenanteil von 14,3 Prozent und bildet damit das Schlußlicht.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie entweder Frauen verdrängt oder ihre gleichberechtigte Teilhabe über die Quote gesichert werden kann.

Palästinenserinnen haben gerade in der Vergangenheit bewiesen, daß sie unter schwierigen Bedingungen ihre Existenz und die ihrer Familie gesichert haben. Immerhin waren es die Frauen und Mütter, die unter der Intifada besonders leiden mußten. Jetzt besteht die Gefahr, daß ihre Erfahrungen und Qualifikationen plötzlich nicht mehr gefragt sind.

Ich hoffe und wünsche mir, daß die Palästinenserinnen mit ihrer guten Ausbildung und ihrem hohen Wissensstand sich ihre Rechte und Freiheiten nicht nehmen lassen und ihren politischen Einfluß verstärken werden. Sie müssen Macht und Einfluß bekommen, damit sie die gesellschaftlichen Prozesse gleichberechtigt heute und zukünftig mitgestalten können.

Ich weiß, daß dies immer schwierig ist. Wir Frauen tragen alle schwer an der patriarchalischen Bürde. Umso mehr bin ich davon überzeugt, daß es keine wirkliche Demokratie ohne die Gleichstellung der Frau in der Verfassung und schließlich in der Gesetzgebung geben kann.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen daher alle Bemühungen mit denen die Gleichstellung der Frau gesichert werden kann und werden daher nicht nur den Friedensprozeß beobachten sondern auch die anstehende Wahl.

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, daß die Bundesregierung ihre finanziellen Mittel für den Aufbau einer wirtschaftlichen Infrastruktur erhöht.

Wir haben mehrfach gefordert, daß mit den vorgesehenen Mitteln nicht nur Infrastrukturprojekte sondern auch soziale Projekte und hierbei insbesondere auch Frauenprojekte gefördert werden müssen.

Hinzu kommt ein finanziell unausgewogenes Verhältnis der Fördermittel, von denen bisher einseitig Israel profitiert. Wir werden unsere Aktivitäten weiterhin in die Richtung lenken, daß auch Palästinenser und Palästinenserinnen zu ihrem Recht kommen. Die Bundesrepublik kann ohnehin nach unserer Auffassung mit ihrem Know-How und ihrer Wirtschaftskraft einen weitaus höheren Beitrag für den Entwicklungsprozeß leisten als bisher.

Wirtschaftliche Entwicklung und eine legitimierte Führung werden die Garanten sein für die Fortführung des Friedensprozesses. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten versichern Ihnen hierbei unsere Unterstützung. Ich hoffe und wünsche Ihnen, daß die Balance zwischen inne-

rer Sicherheit und Demokratie bald hergestellt wird und die Männer und Frauen in Palästina und Israel ihre Zukunft endlich zu einem friedlichen Miteinander gestalten können.

(-/20. Oktober 1994/hgs/ks)

- \* Auszug aus einer Rede auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur 'Partizipation von palästinensischen Frauen am Friedens- und Entwicklungsprozeß im Rahmen des Gaza-Jericho-Abkommens'.

\*\*\*\*\*

### Warten auf einen Akt politischer Rehabilitierung

Die Lage der Rußlanddeutschen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion

Von Horst Sielaff MdB

Die Verantwortlichen in der Politik, insbesondere in Rußland, Kasachstan, Kirgistan, aber auch in der Ukraine unterstreichen immer wieder die Bedeutung, die die Rußlanddeutschen in ihrer jeweiligen Gesellschaft und für den Aufbau des Landes haben. Häufig genug heißt es, daß ihr Fortgehen kaum schließbare Lücken reißt. Und dennoch sprechen die Fakten oft eine andere Sprache. Die 'einheimische' Bevölkerung agitiert nicht selten gegen "die Deutschen".

Physische Gewalt gegen Deutsche ist sicherlich in den meisten Siedlungsgebieten die Ausnahme. Die mir ab und zu berichteten Fälle sind sicher Ausnahmen und dürfen nicht verallgemeinert und als 'Anti-Stimmungsmache' mißbraucht werden. Verschweigen sollte man sie aber auch nicht!

Was viel mehr Anlaß zur Sorge bereitet sind psychische und strukturelle Gewalttätigkeiten. Ihre Anzahl ist stetig im Steigen. Viele Familien fühlen sich bedroht und verlassen deshalb das Land.

Nicht selten wird versucht, aus der vermeintlich privilegierten Stellung der Rußlanddeutschen, nämlich nach Deutschland auszureisen, Kapital zu schlagen. Erpressungen im Rahmen des Ausreiseprozesses sowie 'Sondertarife' für Rußlanddeutsche im Dienstleistungsbereich sind an der Tagesordnung. Häufig wird von Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion die Sprachsituation beklagt. Dadurch, daß zum Beispiel Kasachisch nun Staatssprache ist und besonders gefördert wird, fürchten viele 'Europäer' nicht mehr in ihren Positionen bleiben zu können. Viele wollen oder können aufgrund fehlender Angebote nicht Kasachisch lernen. Verantwortliche Positionen in der Gesellschaft werden zunehmend mit Kasachen besetzt. Qualitative Aspekte bleiben bei einer solchen Auswahl häufig außen vor.

Der Ausreiseprozess vieler Deutscher hat für Rußlanddeutsche zu Problemen bei der Aufnahme an Hochschulen geführt. Es häufen sich die Fälle, in denen rußlanddeutsche Kandidaten mit der Begründung abgelehnt werden, sie würden ohnehin ausreisen. An der kasachischen Staatsuniversität in Alma-Ata (Almaty) wurde die Abteilung für Deutsche Journalistik geschlossen und statt dessen eine Fachabteilung internationale Journalistik mit Ausrichtung auf orientalische Länder gegründet. Studenten orientalischer Herkunft werden bevorzugt.

Die Lage ist in vielen GUS-Staaten nach wie vor instabil. Der Demokratisierungsprozeß gerät immer wieder ins Stocken oder wird gar von den Regierungen eingeschränkt. Zudem gewinnt der Nationalismus an Bedeutung. Die Rückreaktion auf die Jahrzehnte währende gewaltsame Russifizierung und die Unterdrückung staatlicher Unabhängigkeit, die sich im Erwachen des nationalen Selbstbewußtseins mitunter in extremer Form zeigt, wird zur potentiellen Gefahr, weil sie zu zwischenethnischen Spannungen führt.

#### **Förderprojekte der Bundesregierung für die Rußlanddeutschen In den GUS-Staaten**

Bei den von der Bundesrepublik ausgehenden Projekten müssen die Deutschen vor Ort stärker mit einbezogen werden. Die Organisationen der Rußlanddeutschen sollten intensiv in die Arbeit miteinbezogen werden. Dazu ist aber auch eine größere Einigkeit der verschiedenen Organisationen untereinander erforderlich. Kräfte bündeln verstärkt die Einflußmöglichkeiten. Dabei müssen

die Hilfen allen Nationalitäten zugute kommen damit nicht zusätzlich emotionale Vorbehalte gegen die "reichen" Deutschen geweckt werden.

Die Förderpolitik der Bundesregierung, die das Bleiben rußlanddeutscher Menschen unterstützen soll, muß inhaltlich einer stärkeren Erfolgskontrolle unterliegen. Daran muß nicht nur die Bundesregierung sondern müssen auch die Verantwortlichen in den GUS-Staaten ein Interesse haben. Die Bundesregierung ist angesichts der Tatsache, daß viele ihrer Förderprojekte fehlerhaft laufen, nicht gut beraten, ständig Erfolgsmeldungen hierzu zu liefern. Wenn es auch unangenehm ist, so muß ich dennoch darauf drängen, daß gescheiterte oder zum Scheitern verurteilte Projekte rechtzeitig gestoppt werden, um die Mittel in erfolgversprechende andere Maßnahmen einfließen zu lassen. Ich verkenne nicht die Tatsache, daß das Scheitern von Siedlungsprojekten nicht immer Schuld der bundesdeutschen Seite ist, sondern oft seinen Grund in den Schwierigkeiten vor Ort findet. Falsche Zusagen und fehlende anteilige Finanzmittel, sowie die schier unmögliche Überprüfung des Verbleibs von Geldern lassen das Vorankommen der Projekte zu häufig stocken. Die deutschen Mittel müssen - und das kann man nicht oft genug betonen - koordiniert, effektiv und kontrolliert eingesetzt werden. Für die Überwachung ihrer Vergabe vor Ort muß es klare Kriterien und verantwortliche Ansprechpartner geben.

Die Realisierung der Wolga-Republik ist - daran besteht für mich kein Zweifel - gescheitert! Die Konzentration der deutschen Hilfe auf andere Siedlungsgebiete innerhalb Rußlands war daher sinnvoll.

An dieser Stelle möchte ich auch mein Bedauern über die Schwierigkeiten der Menschen zum Ausdruck bringen, die ihre Hoffnung auf die Übersiedlung in die Ukraine gesetzt hatten. Sie sind die Opfer unterschiedlicher Interpretationen unklarer Vorgaben geworden. Ich konnte mich von ihrer schlimmen Lage selbst überzeugen. Ihr unsicherer Status als deutsche Rückkehrer, mangelnde Arbeitsmöglichkeiten, schlechte Unterbringung sind dafür verantwortlich.

Das Tor in die Bundesrepublik bleibt Ausreisewilligen deutscher Abstammung aus den GUS-Staaten offen. Ein oft und gern wiederholter Spruch der Bundesregierung. Er beschönigt die Situation in unangemessener Weise.

Bestimmte Praktiken im Aufnahmeverfahren sorgen dafür, daß der Aussiedlerstrom gemäßigt wird.

Vor allem das Sprachproblem und der im Gesetz festgelegte Nachweis über das Beherrschen der deutschen Sprache führen zur Abweisung von immer mehr Bewerbern.

Studien besagen, daß nur noch fünf Prozent der Aussiedlungswilligen die Sprache ihrer deutschen Vorfahren wirklich perfekt beherrschen. Weitere 20 Prozent können sich leidlich auf deutsch verständigen. Gerade ein Viertel erfüllen also mit viel Wohlwollen die gesetzlichen Vorgaben!

Ein Grund für die zunehmende Verschlechterung der Sprachkenntnisse ist die hohe Anzahl der Mischehen. Außerdem fehlen Fach-, Berufs- und Hochschulen mit erweitertem Deutschunterricht. Es gibt nur wenige Lehrer, die frei in der deutschen Sprache unterrichten können. Es gibt nur fünf deutsche Zeitungen mit geringer Auflage. Es fehlen deutsche Lehrbücher und Belletristik.

Die Rußlanddeutschen erwarten von der russischen Regierung einen symbolischen Akt zugunsten ihrer politischen Rehabilitierung. Dies geschieht in dem Bewußtsein, daß eine territoriale Rehabilitierung sowie eine materielle Rehabilitierung derzeit vom russischen Staat nicht geleistet werden kann. Der Rat der Rußlanddeutschen hat deshalb eine Selbstvertretungskörperschaft mit dem Namen "Volkstag der Rußlanddeutschen" vorgeschlagen als Repräsentanz der russischen Bürger deutscher Nationalität. Die Anerkennung würde als Akt politischer Rehabilitierung verstanden solange eine materielle und territoriale Wiedergutmachung nicht möglich ist.

Diesem Ansinnen stimme ich mit Nachdruck zu.

(-/20. Oktober 1994/hgs/ks)

---

\* Rede anläßlich der Tagung des zwischenstaatlichen Rates der Deutschen (Rußlanddeutschen) am 19. Oktober 1994 in Moskau.

\*\*\*\*\*